



Änderungsantrag

der Fraktionen von CDU und FDP

Beihilfeprüfverfahren zum Flughafen Lübeck-Blankensee

Drucksache 17/ 1950

Der Landtag wolle beschließen:

Die EU-Kommission überprüft in mehreren Verfahren, ob von der Hansestadt Lübeck oder dem Land im Zusammenhang mit dem Flughafen Lübeck-Blankensee rechtswidrige Beihilfen gewährt wurden. Sie prüft auch, ob die Hansestadt Lübeck der Luftfahrtgesellschaft Ryanair Beihilfen bzw. rechtswidrige Beihilfen gewährt hat.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die mittlerweile sechs Jahre andauernden Prüfverfahren zu einem Ende geführt werden. Die Hansestadt Lübeck, der Flughafen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Bevölkerung vor Ort benötigen endlich Klarheit und Rechtssicherheit.

Die Landesregierung wird gebeten, dem Landtag zu berichten, sobald ihr Ergebnisse des EU-Beihilfeprüfverfahrens vorliegen.

Hans-Jörn Arp
und Fraktion

Gerrit Koch
und Fraktion